

Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr,
Energie und Kommunikation (UVEK)
Frau Simonetta Sommaruga
Bundesrätin
3003 Bern

Ausschliesslich per Email an:
polg@bafu.admin.ch

18. Juni 2021

Vernehmlassung zum Verordnungspaket Umwelt Frühling 2022

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 11. März 2021 haben Sie uns eingeladen, zum Verordnungspaket Umwelt Frühling 2022 Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Möglichkeit.

economiesuisse vertritt als Dachverband der Schweizer Wirtschaft rund 100'000 Unternehmen jeglicher Grösse mit insgesamt 2 Millionen Beschäftigten in der Schweiz. Unsere Mitglieder umfassen 100 Branchenverbände, 20 kantonale Handelskammern sowie Einzelunternehmen. economiesuisse setzt sich für eine chancen- und wirkungsorientierte Umweltpolitik ein und setzt dabei auf die Stärken der Schweizer Wirtschaft. Diese liegen unter anderem in der Innovationskraft, dem technologischen Fortschritt und der Effizienz. Für die Schweizer Wirtschaft sollen optimale Bedingungen vorhanden sein, um diese Stärken zu nutzen und über den internationalen Handel in die Welt hinauszutragen. Die vorliegende Stellungnahme bezieht sich auf folgende Vernehmlassungen:

- *Vernehmlassung zur Revision der Verordnung über die VOC-Lenkungsabgabe (VOCV)*

economiesuisse begrüsst den Vernehmlassungsentwurf. Ergänzend zu den untenstehenden Ausführungen unterstützt economiesuisse die Stellungnahme ihres Mitglieds aus der Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (Swissmem).

Das Ziel dieser Revision ist die administrative Vereinfachung des VOCV-Vollzugs bei gleichbleibendem Schutzniveau. Dieses Ziel der Entlastung der Unternehmen wird von economiesuisse unterstützt. Die Entlastung wird in der MEM-Industrie auch tatsächlich spürbar werden – etwa bei den Massnahmen im Zollrecht und der Richtlinie der EZV. Insgesamt handelt es sich bei den – gemäss volkswirtschaftlicher Beurteilung – geschätzten 10% Einsparungen für die Betriebe jedoch nicht um die Entlastung, die die Motion ursprünglich vorgesehen hat, und die wir erwartet hätten.

- *Vernehmlassung zur Revision der Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung (ChemRRV)*

economiesuisse begrüsst den Vernehmlassungsentwurf grösstenteils. Einige Anpassungen in den Details sind jedoch notwendig. Ergänzend zu den untenstehenden Ausführungen unterstützt economiesuisse die Stellungnahme ihrer Mitglieder aus der Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (Swissmem) sowie aus den Chemie, Pharma und Life Sciences Industrien (scienceindustries).

Die zahlreichen Angleichungen an internationales und an EU-Recht werden im Sinne der Harmonisierung grundsätzlich begrüsst. Die vorsorglichen Änderungsvorschläge von geplanten internationalen oder EU-Regulierungen hingegen werden kritisch beurteilt bzw. abgelehnt. Erst bei Vorliegen der definitiven Rechtstexte ist eine Anpassung der Schweizer Verordnung zu evaluieren, damit keine technischen Hindernisse entstehen. Ausserdem ist bei jeglichen Kennzeichnungsanforderungen auf einen «Swiss Finish» zu verzichten. Die Anforderungen bezüglich rezyklierten und aufgearbeiteten Stoffen sind zur Vermeidung von technischen Handelshemmnissen identisch zur EU-Verordnung auszuformulieren. Übergangsfristen sind grundsätzlich ebenfalls an diejenigen in der EU anzugleichen.

- *Vernehmlassung zur Revision Verordnung über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen (VVEA)*

economiesuisse begrüsst den Vernehmlassungsentwurf grösstenteils. Einige Anpassungen in den Details sind jedoch notwendig. Ergänzend zu den obenstehenden Ausführungen unterstützt economiesuisse die Stellungnahme ihrer Mitglieder aus der Zementindustrie (cemsuisse) und aus der Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie (Swissmem).

economiesuisse setzt sich für eine effiziente Kreislaufwirtschaft sowie die Erreichung der Klimaziele der Schweiz ein. Für eine erfolgreiche Kreislaufwirtschaft müssen Abfälle in erster Linie vermieden oder stofflich bzw. stofflich-thermisch verwertet werden. In diesem Sinne wird das Ablagerungsverbot von Ausbauasphalt in Deponien begrüsst. Ausbauasphalt kann im Strassenbau rezykliert werden, so dass das knappe Deponievolumen in der Schweiz geschont werden kann. Auch die Bestrebungen zur Energiegewinnung und CO₂-Reduktion bei der Abfallentsorgung werden unterstützt. Die privatwirtschaftliche Initiative ist aber der staatlichen vorzuziehen. Am direktesten lassen sich CO₂-Emissionen bei der Abfallverbrennung reduzieren, indem Wertstoffe recycelt oder anderweitig verwertet werden. Trotz allen Bestrebungen zur Schliessung der Materialkreisläufe und stofflichen Abfallverwertung werden jedoch Restabfälle anfallen, die bestmöglich stofflich-thermisch (beispielsweise in Zementwerken) oder thermisch (KVA) verwertet werden sollen. Anreize, die Kapazitäten bei KVA vorsorglich auszubauen, müssen verhindert werden. In erster Linie sind private Initiativen vorzuziehen.

Fehlanreize im Sinne der Kreislaufwirtschaft werden im Vernehmlassungsentwurf auch dadurch gesetzt, dass die Deponierung bzw. Abfallverbrennung in einer Kehrichtverbrennungsanlage (KVA)

durch implizite Grenzwert erhöhungen attraktiver gemacht werden soll (*Anpassung TOC zu TOC400, Grenzwert erhöhung von Dioxinen*). Eine Erleichterung gegenüber anderen Entsorgungs- bzw. Verwertungswegen ist folglich zu vermeiden.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse
economiesuisse

Kurt Lanz
Mitglied der Geschäftsleitung

Rebecca Knoth-Letsch
Projektleiterin Umweltpolitik